

## **Anlässlich des Tages der seelischen Gesundheit am 10. Oktober appellieren Verbände des Kontaktgesprächs Psychiatrie an Medien und Politik: Macht psychisch erkrankte Menschen nicht zum Sündenbock!**

*Köln, 09.10.2026.* Mit dem erklärten Ziel, Gewalttaten vorzubeugen, erleben wir in den letzten Monaten ein gesellschaftliches Klima und eine Politik, die Menschen ausgrenzt und diskriminiert. Die Medien spielen dabei eine wichtige Rolle. Es wird oft unreflektiert über Menschen mit Gewaltpotential sowohl mit Migrationshintergrund als auch mit psychischen Erkrankungen berichtet. Der Bezug zu psychischen Erkrankungen wird hergestellt, auch wenn unklar ist, ob eine psychische Erkrankung überhaupt vorliegt bzw. ob diese im Zusammenhang mit der Tat steht. Eine solche Berichterstattung bleibt nicht ohne Konsequenzen. Über die Psychisch-Kranken-Gesetze auf Landesebene wird in mehreren Bundesländern politisch daran gearbeitet, eine Registrierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen einzuführen. Hintergrund ist die Sicherheitsdebatte, ausgelöst durch mehrere schockierende und furchtbare Attentate in der Vergangenheit und besonders im Jahr 2025. Aber keines dieser Verbrechen hätte durch eine Registrierung von psychisch erkrankten Menschen verhindert werden können. Trotzdem werden und wurden in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und weiteren Bundesländern Neufassungen der Psychisch-Kranken-(Hilfe-)Gesetze auf den Weg gebracht, die den Austausch und die Sammlung von Gesundheitsdaten vorsehen oder den Gefahrenbegriff ausweiten.

Deshalb rufen Verbände des Kontaktgesprächs Psychiatrie alle Medienschaffenden dazu auf, (wieder) mit mehr Sensibilität und differenziert über die Ursachen von Gewalttaten zu berichten und bei den Fakten zu bleiben. Ein schlecht recherchierter Artikel kann unser jahrelanges Bemühen um Entstigmatisierung zunichtemachen. Berichten Sie, wenn in den Neufassungen der Psychisch-Kranken-(Hilfe-)Gesetze die ärztliche Schweigepflicht aufgeweicht wird oder die Möglichkeiten von Zwangseinweisungen ausgeweitet werden sollen. Eine Einschränkung der Menschenrechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen zur Prävention von Gewalttaten wird nur in Deutschland diskutiert und umgesetzt; sie ist widersinnig.

Auch die Politik lässt sich gegen ihr eigenes besseres Wissen von den Medien treiben, wenn sie meint, auch auf gefühlte Bedrohungen reagieren zu müssen.

Das Kontaktgespräch Psychiatrie ruft alle demokratischen Politikerinnen und Politiker dazu auf: Stellen Sie für kurzfristige populistische Erfolge nicht alle Menschen mit psychischen Erkrankungen unter Generalverdacht.

Die unterzeichnenden Verbände des Kontaktgesprächs Psychiatrie:



Der evangelische  
Fachverband für  
Teilhabe



**DGSP**  
Deutsche Gesellschaft für  
Soziale Psychiatrie e.V.



### Hintergrundinformation

Das Kontaktgespräch Psychiatrie ist der bundesweite Zusammenschluss führender Fach-, Wohlfahrts- und Selbsthilfeverbände im Bereich der Psychiatrie mit dem Ziel, den Austausch zu aktuellen fachlichen und sozialpolitischen Themen zu fördern, gemeinsame Positionen zu entwickeln und diese gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik zu vertreten.

Mehr Infos unter: [www.dgsp-ev.de/allgemeines/kontaktgespraech-psychiatrie](http://www.dgsp-ev.de/allgemeines/kontaktgespraech-psychiatrie)